

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: EWG - Zwanziger-Ausschuß - OECD -
Energieversorgung - Ägypten**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Kurz kommentiert: EWG - Zwanziger-Ausschuß - OECD - Energieversorgung - Ägypten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 6, pp. 279-280

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134687>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EWG

Impulse zur Krisenüberwindung

Angesichts ihrer ungünstigen Handelsbilanzsituation haben sowohl Italien als auch Dänemark protektionistische Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Einfuhren ergriffen. Dabei stellen die italienischen Importrestriktionen einen eindeutigen Verstoß gegen die Regeln des EG-Vertrages dar. Nach diesen beiden Alleingängen zeichnete sich die Gefahr eines isolierten Vorgehens weiterer EG-Mitgliedstaaten ab. Denn auch die Entwicklung der britischen und französischen Handelsbilanz verspricht für das Jahr 1974 Defizite von bedrohlichem Ausmaß.

Mit einer gewissen Erleichterung müssen deshalb die Ergebnisse der Gespräche zwischen Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt aufgenommen werden, brachten sie doch die feste Zusage, daß protektionistische Maßnahmen von Paris nicht zu erwarten seien. Einigkeit besteht zwischen den beiden Regierungschefs darüber, daß die Lösung der Schwierigkeiten, denen sich einzelne EG-Staaten derzeit gegenübersehen, nicht zu Lasten der Gemeinschaft erfolgen darf. Dies wird bei eventuellen Hilfeleistungen an einzelne Mitglieder der Gemeinschaft zu berücksichtigen sein; strenge stabilitätspolitische Bemühungen der betreffenden Länder selbst gelten als Voraussetzung für derartige Hilfsmaßnahmen.

Die Übereinstimmung in den grundsätzlichen Positionen der beiden wirtschaftlich stärksten Mitglieder der Gemeinschaft dürfte für die anstehende Serie von Ministerratskonferenzen der EG in Luxemburg nicht ohne Einfluß bleiben. Schnelle Erfolge bei der Behebung der bedenklichen wirtschaftlichen Ungleichgewichte sind in Anbetracht der erheblichen wirtschaftspolitischen und strukturellen Unterschiede innerhalb der Gemeinschaft allerdings nicht zu erwarten. Die Pariser Gespräche dürften jedoch wichtige Impulse für einen gemeinsamen Lösungsversuch aller Mitgliedstaaten geben und zum Überdenken einzelstaatlicher Positionen anregen.

Zwanziger-Ausschuß

Vage Richtlinien

Die Stellvertreter des Zwanziger-Ausschusses legten auf ihrer letzten Tagung im Mai einen Katalog von Interimsmaßnahmen vor. Diese bis zur endgültigen Reform des Weltwährungssystems als dringlich erachteten Maßnahmen müssen noch auf

der Schlußkonferenz der Minister am 13. und 14. Juni in Washington verabschiedet werden. Zieht man eine vorläufige Bilanz der nun seit fast zwei Jahren andauernden Diskussionen dieses Gremiums, dann ist weder über die langfristigen Reformpläne ein Konsensus erreicht worden, noch wurde in allen Punkten der kurzfristig zu realisierenden Interimsmaßnahmen ein Kompromiß erzielt. Vor allem ist die Ausarbeitung von Richtlinien für das Floating sehr vage geblieben.

Gerade dieser Punkt hätte aber einer konkreten Ausgestaltung bedurft. Denn flexible Wechselkurse werden auf nicht absehbare Zeit zu den festen Bestandteilen des Währungssystems gehören. Sie sind die einzig adäquate wirtschaftspolitische Antwort auf die zunehmende Internationalisierung in allen Wirtschafts- und Finanzbereichen und das damit wachsende Volumen des kurzfristig beweglichen Kapitals. Gleichzeitig zeigen die bisherigen Erfahrungen mit dem Floating aber auch, daß der Autonomiegewinn für die nationalen Wirtschaftspolitiken offenbar nicht so groß ist, wie vielfach vermutet wurde. Daher wächst die Neigung zu direkten Eingriffen in den Außenwirtschaftsverkehr, um sich damit den notwendigen wirtschaftspolitischen Aktionsspielraum zu verschaffen. Die Gefahren für den internationalen Handels- und Kapitalverkehr sind offensichtlich. Deshalb sollten die Nachfolger des Zwanziger-Ausschusses die langfristigen, immer weniger realistischen Reformpläne vorerst vergessen und sich der weitaus dringlicheren Absicherung des Floatens durch feste Regeln für die Interventions- und Zahlungsbilanzpolitiken der IWF-Staaten zuwenden.

OECD

Handelspolitische Schonfrist

Der Ende Mai in Paris zusammengetretene OECD-Ministerrat bekundete in einer gemeinsamen Erklärung der westlichen Industrienationen deren festen Willen, „für ein Jahr von neuen Beschränkungen des Warenverkehrs und anderer laufender Transaktionen sowie von einer künstlichen Beeinflussung der Ausfuhren abzusehen“. Diese Erklärung muß als besonders positiv angesehen werden, da die Zerfallserscheinungen der gegenwärtigen Welt handelsordnung eine koordinierte Haltung aller Industrienationen dringend erforderlich machten. Denn die zahlungsbilanzpolitischen Schwierigkeiten verschiedener Staaten hatten sich dramatisch zugespitzt, so daß zunehmend ein Rückfall in eine „rette-sich-wer-kann“-Politik festzustellen war. Italiens Bardepot ist das deutlichste Beispiel einer

derartigen Politik; aber auch Dänemark und die EFTA-Länder Portugal und Island haben Abweichungen vom Freihandelskurs eingeleitet.

In dieser Situation, in der Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise wachgerufen werden, liegt die Bedeutung des Stillhalteabkommens des OECD-Ministerrats zunächst im psychologischen Bereich, da gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der anstehenden Probleme nun in einem ruhigeren Klima unternommen werden können. Inwieweit die OECD-Staaten jedoch in der Lage sein werden, die Zeit des handelspolitischen Stillhaltens zu nutzen, hängt davon ab, ob es in den nächsten Monaten gelingt, die Deviseneinnahmen der Erdölförderländer mit Hilfe von bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen über Exportaufträge, Direktinvestitionen oder Beteiligungen in die Industrieländer zu lenken und so deren „Erdöldefizite“ zu finanzieren. Das Stillhalteabkommen ist ein erster Schritt zur Lösung des Recycling-Problems, da die Förderstaaten ihre Einkünfte nur in relativ stabilen Regionen anlegen werden. hh

Energieversorgung

Kein Öl mehr aus Moskau?

Die Hoffnungen, durch erhöhte Erdölimporte aus der UdSSR die Energiesituation im Westen verbessern zu können, haben einen empfindlichen Dämpfer erhalten! Wie aus Äußerungen des sowjetischen Ministers für die Ölindustrie, Valentin Schaschin, in Moskau hervorgeht, scheint vielmehr eine Einschränkung der Erdöllieferungen in westliche Länder bevorzustehen, die längerfristig sogar auf eine völlige Einstellung hinauslaufen könnte.

Diese veränderte Haltung Moskaus zur Frage der Ölexporte in Richtung Westen wird vor dem Hintergrund der jetzt im Abschluß befindlichen Rahmenplanung für den nächsten Fünfjahresplan verständlich. Während bisher ein gewisses – wenn auch geringes und seit 1968 stagnierendes – Westexportvolumen aufrechterhalten wurde, soll offensichtlich in Zukunft die Deckung des sprunghaft steigenden Eigenbedarfs an Erdöl sowohl der UdSSR als auch der anderen RGW-Mitgliedsländer erhöhte Priorität erlangen. Darüber hinaus wird das sowjetische Westexportpotential eine massive Beschränkung durch die wachsenden Schwierigkeiten bei der Ölförderung erfahren. Denn die zunehmende Verlagerung der Erdölförderung nach West- bzw. Nordwestsibirien bringt immer größere technische und Finanzierungsprobleme mit sich.

Die in letzter Zeit wiederholt vorgebrachten Vorschläge, diesen Schwierigkeiten durch Ost-West-Kooperation zu begegnen, scheinen für die UdSSR

jedoch kein Allheilmittel darzustellen. Dies zeigt das Beispiel der lange geplanten, inzwischen aber infolge zu hoher jährlicher Öllieferungsforderungen der westlichen Seite für die UdSSR uninteressant gewordenen Großölleitung von Westsibirien nach Japan. Die Sowjets scheinen die auch für sie ohne Zweifel vorhandenen Vorteile der Kooperationsprojekte in Sachen Erdöl geringer einzuschätzen als die Nachteile, die sich aus den dann notwendigerweise zunehmenden Ölexporten in den Westen ergeben. Somit scheint der Traum vom Öl aus dem Osten zunächst ausgeträumt zu sein. hp

Ägypten

Ein neuer Anfang

Mit der wohl endgültigen Befriedung am Suez-Kanal fiel gleichzeitig der Startschuß für eine neue Aufbauphase Ägyptens. Zunächst geht es dabei vordringlich um die Beseitigung der Schäden, die die Nahostkriege seit 1967 verursacht haben. Allein die Schließung des Suez-Kanals sowie die Zerstörung seiner technischen Einrichtungen hat bisher einen Schaden von rund 1,2 Mrd. ägyptische Pfund verursacht.

Mit englischer und amerikanischer Unterstützung wird nunmehr die Räumung und Wiedereröffnung des Suez-Kanals vorangetrieben, die dem Land die zur Finanzierung des Aufbaus und Wirtschaftswachstums so dringend benötigten zusätzlichen Einnahmequellen erschließen soll. Dabei sollten allerdings die Erwartungen hinsichtlich der Verkehrsfrequenz (und damit auch der Einnahmen) nicht allzu hoch geschraubt werden. Die lange Schließungszeit des Kanals hat nämlich in der internationalen Seeschifffahrt – beispielsweise in Form drastisch gewachsener Schiffsgrößen – völlig neue Daten gesetzt. Interessant ist der Kanal damit nur noch für nicht allzu große Linienschiffe und Trampfahrer.

Selbstverständlich beruhen Ägyptens Finanzierungshoffnungen nicht nur auf der Wiedereröffnung des Kanals. Die Vorlage eines Gesetzes im Parlament, das weitgehende Garantien für ausländisches Kapital vorsieht (Verbot der Konfiszierung und Nationalisierung) ist als erster wichtiger Schritt zur Gewinnung ausländischer privater Investoren zu werten. Und auch dem Besuch des ägyptischen Ministers für Forschung und Technologie, Abu El-Azm, in der Bundesrepublik kommt sicherlich größere Bedeutung als die bloßer Informationsbeschaffung zu. Dennoch wird letztlich nur die langfristig positive Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität des Landes die Unterstützung westlicher Industrieländer in der erhofften Größenordnung gewährleisten können. wa